Huren-Brief an die Politik

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit 22 Jahren ist Prostitution in Deutschland legalisiert und gilt als Arbeit. Mit der kleinen Ausnahme, dass Arbeitslose nicht in Prostitution vermittelt werden sollen, da es unzumutbar und eine Verletzung der Menschenwürde wäre.

Seit 22 Jahren zahlen Huren ihre Steuern, Sozialversicherungen und Abgaben, Vergnügungs-Steuer, Gebühren für Anmeldung und Beratung, Wucher-Mieten in Bordellen oder Termin-Wohnungen und Stand-Geld auf dem Straßenstrich. Im Club oder Studio geht mindestens die Hälfte an die Betreiber. Dazu kommen Bußgelder und Sicherheits-Leistungen für Verstöße gegen zahlreiche Verordnungen und Regeln. Manchmal auch Verfahrens-Kosten und Auflagen, wenn Freier wegen "mangelhafter Leistung" vor Gericht klagen. Wer nicht zahlen kann, landet im Knast.

Seit 22 Jahren steigt die Nachfrage, jedoch nicht das Entgelt. Die Auswahl an Angeboten und die Erwartungen der Freier sind enorm gewachsen, die Preise – enorm gefallen. Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel... Und wo wir schon beim Thema sind:

Seit 22 Jahren sterben Huren in der deutschen Prostitution und das nicht zu knapp. Mindestens 110 Opfer haben wir seit der Legalisierung zu beklagen. [1] Das ist mehr als in anderen gefährlichen Jobs, wie der Polizei, in der selben Zeit. Viele Huren werden verletzt, vergewaltigt, misshandelt, gefoltert, entstellt, entführt oder umgebracht. Sie hinterlassen oft Kinder. Waisenkinder ohne Trost oder Hilfe, die sowohl mit ihrer Trauer fertig werden als auch um ihre Existenz bangen und kämpfen müssen.

Der deutsche Staat hat sich lange genug unser hart erficktes Geld in die Tasche gesteckt, ohne eine Gegenleistung, wie ein gewöhnlicher Zuhälter. Damit ist nun Schluss, liebe PolitikerInnen! Denn Sie haben mit Ihren ganzen Gesetzen und Verordnungen eine "saubere" Prostitution reguliert, die es nur auf dem Papier gibt. Die Realität sieht nämlich ganz anders aus: dreckig, stinkend, gefährlich, oft blutig und immer wieder tödlich. Das haben Sie aber nicht bedacht! Und deshalb braucht es neue "Tarif-Verhandlungen" oder wie Sie es so nennen.

Und kommen Sie uns nicht damit, dass es unrealistisch wäre. Unser Job sei so wichtig, gar notwendig – haben viele von Ihnen immer wieder gesagt, 22 Jahre lang. Die müssen es wohl wissen, schließlich sind manche von ihnen unsere treue "Kunden". Sogar von Zwangs-Prostituierten haben sich welche "bedienen" lassen. [2] Denn Politiker sind auch nur Menschen, Huren wissen es am besten. Wenn Prostitution, neuerdings "Sexarbeit" genannt, so eine wichtige Arbeit sei, gar Care-Arbeit; wenn Huren die Gewalt der Freier einstecken müssen, damit die anderen – soliden Frauen – diese Gewalt nicht abbekommen, davor geschützt bleiben, dann müssen wir neu verhandeln, liebe PolitikerInnen!

Sollte dann der Huren-Job nicht gleich behandelt werden, wie der von SoldatInnen oder PolizistInnen? Sollte es für uns kein Training im Nahkampf und Waffen im Einsatz geben? Keine Verbeamtung, Arbeitsschutz und bezahlte Elternzeit? Keine Staatliche Besoldung und Versorgungs-Bezüge? Keine garantierte Opfer-Entschädigung und Hinterbliebenen-Rente? Keine Hilfe bei psychischen Traumata und Folgeschäden? Nicht mal eine offizielle Ehrung und Blumenkränze vom Bundespräsidenten für die Toten, wie für die Bundeswehr im Jahr 2021?

Er hat ja so schön gesprochen:

"Wir gedenken heute der 59 deutschen Soldaten, die in Afghanistan ihr Leben ließen. Sie haben den höchsten Preis gezahlt, den ein Soldat im Auftrag seines Landes zahlen kann. Wir stehen tief in ihrer Schuld. Wir verneigen uns vor dem Andenken der im Einsatz Gefallenen und Verstorbenen – und wir wissen um unsere immerwährende Pflicht gegenüber ihren Angehörigen, von denen einige heute bei

uns sind. [...] am Ehrenmal der Bundeswehr haben wir heute Kränze niedergelegt, um ihrer zu gedenken. Wir werden sie nicht vergessen." [3]

Die Bundeswehr selbst schreibt dazu:

"Der bislang höchste Blutzoll war in Afghanistan zu beklagen: 59 deutsche Soldaten ließen dort ihr Leben, davon fielen 35 durch Fremdeinwirkung." [4]

Wann kommt der Bundespräsident mit der gleichen Rede zu den deutschen Huren? Um die 110 Gefallenen zu ehren, die durch Fremdeinwirkung ihr Leben ließen. Steht er nicht tief in ihrer Schuld? Hat er keine immerwährende Pflicht gegenüber ihren Angehörigen? Halten die Huren nicht tagein, tagaus seit 22 Jahren die bösen Vergewaltiger davon ab, ehrbare Frauen und unschuldige Mädchen wahllos zu vergewaltigen? Oder stimmt es doch nicht, dass ohne Prostitution die Vergewaltigungen steigen werden?

Und noch eine Sache: Wie Sie sehen, hat die Bundeswehr eine offizielle Statistik für ihre Toten. Unsere Toten aber werden nicht erfasst – die Statistik wurde abgeschafft, wegen Stigmatisierung des Berufsbildes oder so in der Art... Das geht gar nicht, liebe PolitikerInnen, das ist Diskriminierung und illegal, das wissen Sie selbst. Alle Opfer der deutschen Prostitution müssen offiziell erfasst werden!

Oder sind Ihnen die Huren in Deutschland nicht mal das wert? Wo bleiben das Gedenken und die Anerkennung, wenn schon dieses Land ihre Leben für das Allgemeinwohl opfert?! Das werden sie nie bekommen, nicht wahr? Und, seien Sie mal ehrlich, es war auch nie gewollt – nicht einen verdammten Tag in diesen langen 22 Jahren...

Und daher verlangen wir von Ihnen, liebe PolitikerInnen:

Beenden Sie diese Gewalt und Ausbeutung!

Verfolgen Sie die Freier – nicht uns!

Bestrafen Sie jeden Bordellbetreiber, jeden Zuhälter und jegliche Profiteure, die von unserem Geld, von unserem Blut leben, und beschlagnahmen Sie deren Vermögen!

Verlangen Sie von uns kein Geld, ganz gleich wofür!

Bieten Sie uns und unseren Kindern akzeptable Alternativen zur Existenzsicherung!

Wahren Sie unser Recht auf ein Leben in Würde und Frieden!

Sorgen Sie dafür, dass Frauenhass und Sexismus Tabu sind!

Denn das schulden Sie uns, liebe PolitikerInnen!

Genau das – ohne wenn und aber – nicht verhandelbar.

So steht es im Grundgesetz.

Drunter machen wir es nicht!

© Pani K. – 2023

Titelbild: pixabay.com/users/445693-445693/, Bildbearbeitung: Pani K. Ouellen:

- [1] M. Schon: Ausverkauft! Prostitution im Spiegel von Wissenschaft und Politik (2021), S. 348-349
- [2] C. Kahlweit: Der Skandal hinter der Affäre, Süddeutsche Zeitung, 19.05.2010, abrufbar unter: sueddeutsche.de/politik/zwangsprostitution-der-skandal-hinter-der-affaere-1.886868
- [3] Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Rede am 13.10.2021, abrufbar unter: bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/steinmeier-bundeswehr-hat-auftrag-erfuellt-5229206
- [4] Bundeswehr: Todesfälle im Einsatz. Stand: 20.07.2022, abrufbar unter: bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/gedenken-tote-bundeswehr/todesfaelle-bundeswehr